



Sehr geehrte Damen und Herren,

das in der letzten Woche vom Bundesverfassungsgericht gefällte Urteil zum Adoptionsrecht in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften haben viele Bürgerinnen und Bürger mit Spannung erwartet. Im Sommer wird das höchste Gericht ein weiteres Urteil zum Ehegattensplitting sprechen. Viele erwarten, dass auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften ein Anrecht auf diesen steuerrechtlichen Vorteil haben. Für mich ist klar, dass es eine Gleichsetzung von Ehe und gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaft auf gar keinen Fall geben kann. Ehe und Familie stehen nach Artikel 6 Abs. 1 des Grundgesetzes unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Nicht nachvollziehen kann ich die Tatsache, dass sich SPD wie Grüne seit langem für die Abschaffung des Ehegattensplitting einsetzen. Bei der Debatte zur Gleichbehandlung von Ehe und gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaft sind sie aber für das Ehegattensplitting. Ich frage mich ernsthaft was die Opposition eigentlich möchte. Sind sie für oder gegen das Ehegattensplitting? Leider ist dieses Thema nicht das einzige Feld, bei dem die Roten wie die Grünen mal Hü und mal Hott schreien. Im Wahlkampf eine verbreitete Taktik, die die Wähler hoffentlich durchschauen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende,

LR

Lothar Riebsamen MdB

Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
www.lothar-riebsamen.de

(0 30) 227 - 74 123

(0 30) 227 - 76 478

lothar.riebsamen@bundestag.de

Die Woche im Bundestag

Dienstag, 26.02.

Gespräch mit Oberst Kirsch

Am Montag besuchte mich der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes Oberst Kirsch. Fokus unseres Gesprächs lag auf dem Thema Kaserne Pfullendorf, die auch nach der Bundeswehrreform erhalten bleibt.



Oberst Kirsch (ausnahmsweise in zivil) und Lothar Riebsamen im Berliner Abgeordnetenbüro

Mittwoch, 27.02.

Parlamentarischer Abend der Stiftung Liebenau

Das aus dem Ortsteil Liebenau in Meckenbeuren stammende Sozial- und Bildungswerk ist eines der größten in Deutschland. In Baden-Württemberg und Österreich unterhält die Stiftung rund 100 Einrichtungen. Als Abgeordneter des Wahlkreises Bodensee war es mir wichtig, am parlamentarischen Abend teilzunehmen. Thema war die Rolle des „Service-Intermediärs“ im Sozialraum und damit die Organisation des Megathemas „ambulante vor stationärer Versorgung“ in der Pflege.

Donnerstag, 28.02.

Notfallsanitäter Gesetz verabschiedet

Mit diesem Gesetz wird die rechtliche Stellung der Notfallsanitäter verbessert. Durch eine Verlängerung der Ausbildungszeit von zwei auf drei Jahre wird die Qualität der angehenden Sanitäter und die Kompetenz der Notfallversorgung gesteigert. Als Berichterstatter für das Rettungswesen war ich maßgeblich an der Ausarbeitung dieses Gesetzes beteiligt und konnte unter anderem die Interessen der Rettungsdienste im ländlichen Raum mit einarbeiten.

Bundeswehr Einsatz in Mali

In einer namentlichen Abstimmung beschloss der Bundestag die Entsendung von bis zu 180 Bundeswehrangehörigen zur EU-geführten Ausbildungsmission für die malischen Streitkräfte. Wir leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des afrikanischen Landes.

Freitag, 29.02.

Gesetz zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches sowie anderer Vorschriften

Das zur Entscheidung in zweiter und dritter Lesung vorliegende Gesetz regelt die Umsetzung des Dioxin-Aktionsplans des BMELV eine Versicherungspflicht für Futtermittelunternehmen. Vorgesehen ist, dass sich von verunreinigten Futtermitteln geschädigte Kunden direkt an die Haftpflichtversicherer der Futtermittelhersteller wenden können. Weiterhin sieht das Gesetz Verpflichtungen zur Zusammenarbeit von und zum Informationsaustausch zwischen Bundes- und Länderbehörden im Fall von Lebensmittelkrisen vor.

Wir am See

Kreisparteitag der CDU Bodenseekreis

Beim diesjährigen CDU Kreisparteitag konnten wichtige Entscheidungen getroffen werden. Unter anderem haben die Junge Union Bodenseekreis und der Arbeitskreis Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Anträge zu aktuellen politischen Themen formuliert, die zur Diskussion und Abstimmung standen. In meiner Rede forderte ich „meine CDU“ zur Geschlossenheit im wichtigen Wahljahr 2013 auf. Lothar Fritz konnte als Kreisvorsitzender für zwei weitere Jahre in seinem Amt bestätigt werden. Zu seinen Stellvertretern wurden Martina Mohr, Volker Mayer-Lay und Andreas Schmid gewählt. Ich freue mich sehr auf die Arbeit mit dem neuen und alten Vorstandsmitgliedern der CDU Bodenseekreis.



Das Tagungspräsidium beim Kreisparteitag der CDU im Überlinger Kursaal.

Kleinkinderbetreuung – Bund stellt Geld zur Verfügung

Ab 1. August 2013 gilt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder zwischen dem vollendeten ersten und dritten Geburtstag. Obwohl der Ausbau der Kleinkinderbetreuung in die originäre verfassungsrechtlich geregelte Zuständigkeit der Länder fällt, unterstützt der Bund den U3-Ausbau bis 2014 mit insgesamt 5,4 Milliarden Euro: Auf Investitionen zur Schaffung neuer Betreuungsplätze entfallen 4,5805 Milliarden Euro – für den Betrieb von Kinderkrippen und Tagespflegestellen werden jährlich 845 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit ist der Bund in erhebliche Vorleistung gegangen, jetzt ist die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg gefordert, ihren Beitrag zum Ausbau der Kleinkinderbetreuung vollumfänglich zu erbringen. Der Bodenseekreis ist im Bereich Kleinkinderbetreuung sehr gut aufgestellt. Laut Auskunft des Landratsamts waren bis September 2012 1.626 Betreuungsplätze für Kleinkinder verfügbar. Aktuelle Schätzungen zufolge würden 1.750 benötigt.

Fakten & Meinungen

Strenge Regeln für Hochfrequenzhandel

Der Bundestag verabschiedete in dieser Woche ein Gesetz zur Regulierung des Hochfrequenzhandels. Als Hochfrequenzhandel bezeichnet man einen mit Hilfe von Computern betriebenen Wertpapier-Handel, der sich durch kurze Haltefristen und hohen Umsatz auszeichnet. Angesichts des technologischen Wandels und des zunehmenden Wettbewerbs zwischen den Finanzplätzen hat der Hochfrequenzhandel in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Um die Finanzmärkte zu stabilisieren und die Risiken des Hochfrequenzhandels einzugrenzen, schafft die Koalition daher Spielregeln und stellt die Händler unter Aufsicht. Damit sorgt sie für Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

Deutlich mehr Bildungsaufsteiger als -absteiger in Deutschland

Deutschland zählt deutlich mehr Bildungsaufsteiger als Bildungsabsteiger, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt. Rund ein Drittel der Befragten besitzt laut der IW-Studie einen höheren Bildungsabschluss als ihre Väter, während knapp ein Fünftel einen niedrigeren Bildungsabschluss haben. Vergleicht man den Abschluss der Befragten mit dem ihrer Mütter, so sind vier von zehn der 35- bis 44-Jährigen Bildungsaufsteiger und nur jeder elfte ein Absteiger. Weiterhin kann eine Aufwärtsmobilität festgestellt werden. Der Anteil der Gymnasiasten, deren Väter über keinen beruflichen Abschluss verfügt, ist allein zwischen 2000 und 2009 von 17% auf 22% gestiegen. Vor allem das soziale Umfeld ist für den Bildungsaufstieg wichtig.

Privathaushalte kommen besser mit Einkommen zurecht

Den privaten Haushalten fällt es nach eigener Auskunft heute wesentlich leichter, mit ihrem monatlichen Einkommen zurechtzukommen, als dies noch 2005 der Fall war. Während 2005 noch 51,7% der Haushalte angaben, schlecht mit den Einkommen aller Haushaltsmitglieder zurechtzukommen, ist dieser Anteil im Jahr 2010 auf 22,9% gesunken.

Arbeitslosigkeit steigt nur leicht

Die Arbeitslosenzahlen sind im Februar trotz der sehr kalten Witterung nur minimal gestiegen. Die Quote blieb unverändert bei 7,4 Prozent. Im Bodenseekreis liegt diese bei 3,4 %. In ganz Deutschland waren im Februar rund 3,23 Millionen Menschen arbeitslos.

Termine (Auswahl)

Mo.,	04.03.	Gesundheitspolitischer Austausch mit der DAK in Ravensburg
Mi.,	06.03	Diskussionsrunde zum Thema Rente in Friedrichshafen, veranstaltet vom <i>Verein der Betriebsrentner</i>
Do.,	07.03.	Verleihung des Nachwuchspreis der Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis
Fr.,	08.03.	Jahreshauptversammlung CDU Gemeindeverband Neukirch

Aufgelesen

„Kirche zu lieben bedeutet auch, dass man den Mut aufbringen muss, schwere Entscheidungen zu treffen – nicht um seiner selbst Willen, sondern um der Kirche Willen.“

Papst Benedikt XVI. bei seiner letzten Generalaudienz am 27.2.2013 in Rom